

# SVR-Migrationsbarometer

# Zusammenfassung

Die Europäische Union wird in der politischen Diskussion derzeit mit gegensätzlichen Erwartungen konfrontiert: Die einen beschuldigen sie, ein Elitenprojekt zu sein, das in der Bevölkerung keinen Rückhalt hat. Sie streben eine Renationalisierung von Entscheidungsprozessen an, weil sie den Nationalstaat als geeignet zur Lösung ökonomischer, sozialer und ökologischer Herausforderungen erachten. Die anderen hingegen glauben, dass durch den europäischen Einigungsprozess die Probleme des Nationalstaats überwunden werden können, und sehen die Europäische Union als ein erfolgreiches Konzept moderner Staatlichkeit.

Im Rahmen des Migrationsbarometers wurden in Deutschland mehr als 2.200 Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu ihrer Wahrnehmung und Einschätzung Europas und der Freizügigkeit befragt. Erhoben wurde das innereuropäische Mobilitätsverhalten ebenso wie die Identifikation mit und die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Die Ergebnisse zeigen, dass die Überhöhung Europas als zentraler Bezugsraum für Zugehörigkeit ebenso wenig der Realität entspricht wie die Abwertung Europas als für die Menschen irrelevantes Kunstgebilde. Stattdessen herrscht in Deutschland eine pragmatische Identifikation mit Europa, die durch konkrete Alltagserfahrungen geprägt ist. Europa löst den Nationalstaat als Träger und Vermittler von Zugehörigkeit nicht ab, sondern ergänzt ihn. Der nüchtern-realistische Blick auf die Europäische Union als Raum der Freizügigkeit ist dabei von einer positiven Grundstimmung geprägt.

## 1) Deutschland wird als Profiteur des europäischen Wanderungsraums gesehen

Vier von fünf Befragten mit und ohne Migrationshintergrund meinen, dass Deutschland von der Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union überproportional oder in gleichem Maße wie andere Staaten profitiert. Von den Zuwanderern ist ein knappes Drittel überzeugt, dass Deutschland aus der Freizügigkeit mehr Nutzen ziehen kann als andere EU-Staaten. Umgekehrt geht nur jeder fünfte Befragte mit und ohne Migrationshintergrund davon aus, dass Deutschland im einheitlichen europäischen Wanderungsraum weniger gewinnt als andere EU-Mitgliedstaaten.

## 2) Freizüchtigkeitsrechte werden umfassend genutzt

Die Mobilitätsrechte, die die Unionsbürgerschaft garantiert, werden von der Mehrheit der Bevölkerung geschätzt. Das ist nicht nur ein ‚Lippenbekenntnis‘. Das Migrationsbarometer deutet darauf hin, dass die Befragten von diesen Rechten auch Gebrauch machen: Etwa sechs von zehn Befragten – unabhängig von einem Migrationshintergrund – haben sich in den letzten zwölf Monaten mindestens einen Tag in einem anderen Land der Europäischen Union aufgehalten, jeder vierte Befragte – 26,8 Prozent der Mehrheitsbevölkerung und 28,3 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund – sogar dreimal oder öfter.

## 3) Identifikation mit Europa ist etabliert

Trotz der weit verbreiteten EU-Krisenberichterstattung lässt sich eine Entfremdung zwischen der Bevölkerung und Europa nicht feststellen. Im Gegenteil: Die Identifikation der Bevölkerung Deutschlands mit Europa ist robust; deutlich über die Hälfte der Mehrheitsbevölkerung (54,2 %) und der Zuwanderer (54,7 %) fühlen sich aktuell (sehr) stark als Europäer, von den EU-Zuwanderern geben dies sogar mehr als drei Viertel (77,0 %) an. Nur rund jeder Neunte (11,8 %) ohne Migrationshintergrund, jeder achte (12,4 %) Zuwanderer aus Drittstaaten bzw. jeder sechszwanzigste Zuwanderer mit einem EU-Migrationshintergrund (3,8 %) fühlt sich (sehr) schwach oder gar nicht als Europäer. Dabei ist die Identifikation mit Europa umso stärker, je höher Bildungsniveau und Einkommen sind. Ihre zukünftige Identifikation mit Europa schätzen Zuwanderer wie Personen ohne Migrationshintergrund allerdings etwas vorsichtiger ein, der Anteil der Skeptiker steigt leicht.

## 4) Europa ist als Träger von Zugehörigkeit wichtig, aber nicht dominant

Die Frage, inwieweit sich die Bewohner eher der Region, dem Nationalstaat oder einer anderen Ebene zugehörig fühlen, ist in dynamischen Einwanderungsgesellschaften schwer zu beantworten, denn hier ist es eher die Regel als die Ausnahme, dass Zugehörigkeitsdimensionen sich überlagern. Das Mi-

## Info-Box 1 Befragung für das SVR-Migrationsbarometer

Das SVR-Migrationsbarometer basiert auf einer telefonischen Befragung (Computer Assisted Telephone Interview) von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die im August und September 2012 in den Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main, Berlin und Halle-Leipzig durchgeführt wurde. Die realisierte Stichprobe (N = 2.243 Personen) setzt sich zu 74,8 Prozent aus Personen mit Migrationshintergrund und zu 25,2 Prozent aus Personen ohne Migrationshintergrund zusammen. Diese Personen wurden bereits im Rahmen des 2011 erhobenen SVR-Integrationsbarometers (vgl. SVR 2012) befragt und waren mit einer Wiederbefragung einverstanden. 15,9 Prozent der Gesamtstichprobe sind Spät-/Aussiedler oder deren Nachkommen, 11,8 Prozent haben einen türkischen Migrationshintergrund. Weitere 17,7 Prozent kommen aus Ländern der Europäischen Union bzw. haben mindestens einen Elternteil, der aus diesen Ländern zugewandert ist (EU26). Der Anteil der Personen, die aus europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union stammen (sonstiges Europa), liegt bei 15,6 Prozent. Insgesamt 13,8 Prozent hatten einen lateinamerikanischen, afrikanischen oder asiatischen Migrationshintergrund. Unter den Personen mit Migrationshintergrund gehörten 72,5 Prozent der ersten Zuwanderergeneration an (eigene Migrationserfahrung), 27,5 Prozent der zweiten Generation (in Deutschland geboren). Die Befragung ist repräsentativ für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in den befragten fünf Regionen. Durch Gewichtungen wird die Disproportionalität zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen aufgehoben und an die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse angepasst. Zweisprachige Interviewer boten die Befragung neben Deutsch auch auf Russisch, Türkisch oder Vietnamesisch an. Die Befragung wurde von BIK Aschpurwis + Behrens GmbH durchgeführt.

grationsbarometer zeigt, dass die Befragten keine eindeutige, territorial definierte Zugehörigkeit haben. Als entscheidenden Zugehörigkeitsraum betrachten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund am häufigsten den Stadtteil/Wohnort und den Nationalstaat, für die Mehrheitsbevölkerung ist auch die Region wichtig. Die EU spielt nur eine nachgeordnete Rolle; sie wird als Träger geografischer Zugehörigkeit aber wichtiger, wenn die Frage eine Erst- und Zweitwahl und damit kombinierte Zugehörigkeiten zulässt. Dann wählen fast 15 Prozent der Mehrheits- und knapp 8 Prozent der Zuwandererbevölkerung die EU als zweitwichtigste geografische Zugehörigkeitsdimension. Je häufiger die Befragten im vergangenen Jahr in der EU gereist sind, umso stärker fühlen sie sich in ihr beheimatet. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa wächst also mit dem tatsächlichen Erleben der EU über Mobilität und Freizügigkeit.

### 5) Soziale Teilhabe und Solidarität innerhalb Europas werden anerkannt

Gerade im Vergleich zu föderalen Gliedstaaten wie den USA oder der Schweiz ist eine grenzüberschreitende soziale Solidarität innerhalb der EU weitgehend realisiert. Bis auf wenige Ausnahmen können die EU-Mitgliedstaaten Unionsbürgern aus anderen Ländern Sozialleistungen, die im Land für die eigenen Staatsbürger vorgesehen sind, nicht vorenthalten. Das Migrationsbarometer zeigt, dass die Befragten in Deutschland diese ausgeprägte innereuropäische Solidarität in

hohem Maße anerkennen: Über zwei Drittel der Befragten gestehen neu zugewanderten Arbeitnehmern verschiedener Gruppen (Franzosen, Polen und auch Türken als Nicht-Unionsbürgern) einen Bezug von Sozialleistungen zu für den Fall, dass sie in Deutschland arbeitslos werden. Im Hinblick auf die verschiedenen Gruppen gibt es jedoch Unterschiede: So sind über ein Viertel der Befragten (eher/gar) nicht der Ansicht, dass neu zugewanderte Türken ein Recht auf Sozialleistungen haben sollten, wenn sie in Deutschland arbeitslos werden. Im Hinblick auf Franzosen beträgt die Ablehnungsquote 20,4 Prozent; für Polen liegt sie dazwischen. Die Zugehörigkeit zur EU und die Dauer der Mitgliedschaft spielen also eine Rolle.

Das SVR-Migrationsbarometer zeigt damit, dass die Europäische Union derzeit (noch) nicht imstande ist, ein Gefühl von ‚Heimat‘ zu vermitteln, zumindest im Vergleich zu den lokalen, regionalen und nationalstaatlichen Bezügen. Dazu fehlen die einfachen Narrative, die Symbolik und die Identifikationsfiguren, die für die Stadt, die Region oder den Staat über eine lange Geschichte hinweg konstruiert worden sind. Die Europäische Union muss – und kann – man rational verstehen, die emotionale Zuwendung aber fällt vielen noch nicht leicht. Auf der anderen Seite sind die mit der EU verbundenen Freiheitsrechte breit akzeptiert, und bei Personen mit wie ohne Migrationshintergrund ist ein insgesamt positives ‚Europäergefühl‘ festzustellen, auf das Politik aufbauen kann.